

Empfänger mit Familie zu Lasten

P = monatlicher Gesamtbruttobetrag aller Pensionen und anderen Vorteile:	Betrag der Einbehaltung in Euro
von 0,01 EUR bis zu 1.798,85 EUR	0,00
von 1.798,86 EUR bis zu 1.854,48 EUR	$(P - 1.798,85) \times 50$ Prozent
von 1.854,49 EUR bis zu 1.983,17 EUR	$P \times 0,015$
von 1.983,18 EUR bis zu 2.003,79 EUR	$29,75 + (P - 1.983,17) \times 50$ Prozent
ab 2.003,80 EUR	$P \times 0,02$

durch die folgenden Tabellen ersetzt:
Alleinstehende Empfänger

P = monatlicher Gesamtbruttobetrag aller Pensionen und anderen Vorteile:	Betrag des Abzugs in Euro
von 0,01 EUR bis 1.711,72 EUR	0,00
von 1.711,73 EUR bis 1.764,65 EUR	$(P - 1.711,72) \times 50$ Prozent
von 1.764,66 EUR bis 1.895,87 EUR	$P \times 0,015$
von 1.895,88 EUR bis 1.915,62 EUR	$28,44 + [(P - 1.895,87) \times 50$ Prozent]
ab 1.915,63 EUR	$P \times 0,02$

Empfänger mit Familie zu Lasten

P = monatlicher Gesamtbruttobetrag aller Pensionen und anderen Vorteile:	Betrag des Abzugs in Euro
von 0,01 EUR bis 1.978,96 EUR	0,00
von 1.978,97 EUR bis 2.040,15 EUR	$(P - 1.978,96) \times 50$ Prozent
von 2.040,16 EUR bis 2.168,84 EUR	$P \times 0,015$
von 2.168,85 EUR bis 2.191,43 EUR	$32,53 + [(P - 2.168,84) \times 50$ Prozent]
ab 2.191,44 EUR	$P \times 0,02$

Art. 3 - Vorliegendes Gesetz tritt am 1. März 2019 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 17. Februar 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Pensionen
D. BACQUELAINE

Der Minister der Selbständigen
D. DUCARME

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2021/21296]

4 AVRIL 2019. — Loi modifiant la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances et instaurant un droit à l'oubli pour certaines assurances de personnes. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 4 avril 2019 modifiant la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances et instaurant un droit à l'oubli pour certaines assurances de personnes (*Moniteur belge* du 18 avril 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2021/21296]

4 APRIL 2019. — Wet tot wijziging van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen waarbij voor bepaalde persoonsverzekeringen een recht om vergeten te worden wordt ingevoerd. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 4 april 2019 tot wijziging van de wet van 4 april 2014 betreffende de verzekeringen waarbij voor bepaalde persoonsverzekeringen een recht om vergeten te worden wordt ingevoerd (*Belgisch Staatsblad* van 18 april 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2021/21296]

4. APRIL 2019 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen und zur Einführung des Rechts auf Vergessenwerden für bestimmte Personenversicherungen — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 4. April 2019 zur Abänderung des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen und zur Einführung des Rechts auf Vergessenwerden für bestimmte Personenversicherungen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

4. APRIL 2019 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen und zur Einführung des Rechts auf Vergessenwerden für bestimmte Personenversicherungen

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1. Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — *Abänderungen des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen*

Art. 2. In Teil 4 Titel 2 Kapitel 1 des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen wird unter folgender Überschrift ein neuer Abschnitt *Ibis* mit den Artikeln 61/1 bis 61/4 eingefügt:

„Abschnitt *Ibis* - Recht auf Vergessenwerden“.

Art. 3 - In Teil 4 Titel 2 Kapitel 1 Abschnitt *Ibis* desselben Gesetzes, eingefügt durch Artikel 2, wird ein Artikel 61/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 61/1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind anwendbar auf Versicherungsverträge, die Kapitalrückzahlungen in folgenden Fällen gewährleisten:

- a) bei Hypothekarkrediten wie in Artikel 224 erwähnt;
- b) bei Berufskrediten.“

Art. 4 - In denselben Abschnitt *Ibis* wird ein Artikel 61/2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 61/2 - § 1 - Personen, die an einer Krebserkrankung gleich welcher Art leiden oder gelitten haben und eine in Artikel 61/1 erwähnte Versicherung abschließen wollen, müssen ihren Versicherer gemäß Artikel 58 über diese Erkrankung informieren.

Versicherungsunternehmen ist es jedoch untersagt, diese Krebserkrankung nach Ablauf eines Zeitraums von zehn Jahren nach erfolgreichem Abschluss einer Behandlung und wenn innerhalb dieses Zeitraums kein Rückfall auftritt, bei der Bestimmung des aktuellen Gesundheitszustands wie in Artikel 61 vorgesehen zu berücksichtigen.

Eine Behandlung gilt ab dem Datum, an dem die laufende Behandlung der Krebserkrankung abgeschlossen wurde und der Krebs nicht erneut auftritt, als erfolgreich abgeschlossen.

Versicherungsunternehmen dürfen diese Krebserkrankung nicht vom Versicherungsvertrag ausschließen oder die Versicherung aufgrund dieser Krebserkrankung ablehnen.

§ 2 - Der König kann die in § 1 genannte Frist insbesondere Altersklassen und /oder Arten von Krebserkrankungen entsprechend anpassen.“

Art. 5 - In denselben Abschnitt *Ibis* wird ein Artikel 61/3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 61/3 - § 1 - Der König kann in einem Referenzrahmen bestimmte Krebsarten festlegen, für die die in Artikel 61/2 genannte Frist verkürzt wird.

Es ist Versicherungsunternehmen untersagt, diese Erkrankungen nach Ablauf der verkürzten Frist bei der Feststellung des aktuellen Gesundheitszustandes zu berücksichtigen.

§ 2 - Der König kann in einem Referenzrahmen auch eine bestimmte Anzahl chronischer Krankheiten festlegen, für die gegebenenfalls unter bestimmten Modalitäten:

1. Versicherungsunternehmen aufgrund dieser Krankheit keinen Prämienzuschlag erheben, keinen Ausschluss vorsehen oder den Abschluss des Vertrages nicht ablehnen dürfen,
2. Versicherungsunternehmen aufgrund dieser Krankheit einen Prämienzuschlag erheben können. Der König bestimmt auch, in welcher Höhe dieser Zuschlag medizinisch und versicherungstechnisch gerechtfertigt ist.

§ 3 - Der König kann auf Vorschlag des Föderalen Fachzentrums für Gesundheitspflege und nach Stellungnahme des in Artikel 217 genannten Tarifierungsbüros den Referenzrahmen für bestimmte Arten von Krebserkrankungen anpassen, gegebenenfalls durch Festlegung der Modalitäten, unter denen die in Artikel 61/2 genannte Frist verkürzt werden kann.

§ 4 - Der König kann auf Vorschlag des Föderalen Fachzentrums für Gesundheitspflege und nach Stellungnahme des in Artikel 217 genannten Tarifierungsbüros den Referenzrahmen auch für bestimmte chronische Krankheiten anpassen und festlegen, nach welchen Fristen und Modalitäten:

1. Versicherungsunternehmen aufgrund dieser Krankheiten keinen Prämienzuschlag erheben, keinen Ausschluss vorsehen oder den Abschluss des Vertrages nicht ablehnen dürfen,

2. Versicherungsunternehmen aufgrund dieser Krankheiten einen Prämienzuschlag erheben können. Der König bestimmt auch, in welcher Höhe dieser Zuschlag medizinisch und versicherungstechnisch gerechtfertigt ist.

§ 5 - Die in den Paragraphen 1 bis 4 genannten Modalitäten, Fristen und die Höhe des Prämienzuschlags müssen in medizinischer und versicherungstechnischer Hinsicht auf Grundlage wissenschaftlicher Daten objektiv und vernünftig begründet sein.

§ 6 - Alle zwei Jahre bewertet das Föderale Fachzentrum für Gesundheitspflege den Referenzrahmen unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts und der verfügbaren wissenschaftlichen Daten in Bezug auf die in den Artikeln 61/2 § 1 und § 2 des vorliegenden Artikels genannten Krankheiten. Das Föderale Fachzentrum für Gesundheitspflege übermittelt dem in Artikel 217 erwähnten Tarifierungsbüro einen Vorschlag zur Anpassung des Referenzrahmens. Das Tarifierungsbüro leitet den Vorschlag zusammen mit seiner Stellungnahme an den für Versicherungen zuständigen Minister und den für Soziale Angelegenheiten zuständigen Minister weiter. Der König kann gegebenenfalls den Referenzrahmen anpassen."

Art. 6 - In denselben Abschnitt *Ibis* wird ein Artikel 61/4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 61/4 - Unbeschadet der Zuständigkeit der Gerichtshöfe und Gerichte werden Streitigkeiten über die Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts zunächst von der zuerst handelnden Partei dem in Artikel 217 genannten Tarifierungsbüro vorgelegt. Dieses gibt innerhalb von fünfzehn Werktagen ab Eingang der vollständigen Akte eine Stellungnahme ab. Das Versicherungsunternehmen übermittelt seine Akte auf einfaches Verlangen des Tarifierungsbüros."

KAPITEL 3 — Schlussbestimmung

Art. 7 - Vorliegendes Gesetz tritt am ersten Tag des zehnten Monats nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft und gilt für neue Verträge, die ab diesem Zeitpunkt abgeschlossen werden.

Ausführungserlasse treten am ersten Tag des zehnten Monats nach ihrer Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft und gelten für neue Verträge, die ab diesem Zeitpunkt abgeschlossen werden.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 4. April 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Wirtschaft

K. PEETERS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2021/21401]

30 JUIN 2021. — Arrêté ministériel fixant la répartition des subsides accordés aux communes qui ont un centre ouvert pour l'accueil des demandeurs d'asile sur leur territoire en 2020

La Ministre de l'Intérieur, des Réformes Institutionnelles et du Renouveau démocratique,

Vu la loi du 12 janvier 2007 sur l'accueil des demandeurs d'asile et de certaines autres catégories d'étrangers en particulier son article 53 ;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 23 avril 2021 ;

Vu la loi du 22 décembre 2020 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2021,

Arrête :

Article unique. En application de l'article 53 de la loi du 12 janvier 2007 sur l'accueil des demandeurs d'asile et de certaines autres catégories d'étrangers le montant total de la subvention à répartir s'élève à 7.074.088,66 euro à imputer sur l'article budgétaire 533.05 du budget de l'Agence fédérale pour l'accueil des demandeurs d'asile pour l'année budgétaire 2021.

Ce montant est réparti comme suit entre chacune des communes concernées :

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2021/21401]

30 JUNI 2021. — Ministerieel besluit tot vaststelling van de verdeling van de toelage toegekend aan de gemeenten met een open centrum voor de opvang van asielzoekers op hun grondgebied in 2020

De Minister van Binnenlandse Zaken, Institutionele Hervormingen en Democratische Vernieuwing,

Gelet op de wet van 12 januari 2007 betreffende de opvang van asielzoekers en van bepaalde andere categorieën van vreemdelingen, in het bijzonder artikel 53;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 23 april 2021;

Gelet op de Wet van 22 december 2020 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2021,

Besluit :

Enig Artikel. In uitvoering van artikel 53 van de wet van 12 januari 2007 betreffende de opvang van asielzoekers en van bepaalde andere categorieën van vreemdelingen, bedraagt het totaal te verdelen bedrag 7.074.088,66 euro aan te rekenen op het begrotingsartikel 533.05 van het Federaal Agentschap voor de opvang van asielzoekers voor het begrotingsjaar 2021.

Dit bedrag wordt als volgt verdeeld tussen de betrokken gemeenten: